

STELLUNGNAHME SPÖ

10 Forderungen für Zivilgesellschaft und Freiwilligenarbeit in Österreich

1. Anerkennung der zivilgesellschaftlichen Organisationen als „**fünfte Säule der Demokratie**“ und Verbesserung der Datenbasis über den Sektor.

Die Leistung des zivilgesellschaftlichen Sektors ist nicht hoch genug anzuschätzen. Eine Verbesserung der Datenbasis über die Leistungen der NGOs würden wir begrüßen.

2. **Förderung des freiwilligen, ehrenamtlichen Engagements** und Verbesserung der diesbezüglichen ökonomischen Rahmenbedingungen.

Das müssen wir in Österreich unbedingt machen und auf Initiative der SPÖ haben wir im letzten Plenum ein Freiwilligenpaket beschlossen.

3. Aktiver Dialog und **respektvoller Umgang mit Nichtregierungsorganisationen in der politischen Debatte** sowie Dialog auf Augenhöhe.

Vor türkisch-blau war die Einbindung der NGOs eine Selbstverständlichkeit – etwa im Umgang mit der Flüchtlingskrise oder sozialen Fragen wie der Mindestsicherung. Diese Einbindung muss in Zukunft wieder stattfinden.

4. **Garantie der Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit** sowie des Vereins- und Demonstrationsrechts.

Die Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit sowie das Vereins- und Demonstrationsrecht sind zentrale Eckpfeiler der Österreichischen Demokratie. Unsere Demokratie muss vor rechtsextremen Vereinigungen wie den Identitären geschützt werden.

5. **Erhalt der Finanzierungsmöglichkeiten** zivilgesellschaftlicher Organisationen. Fundraisingbedingungen und Gemeinnützigkeitsbestimmung bleiben gewahrt. Ausweitung der Spendenabsetzbarkeit auf Tierschutzorganisationen.

Die finanzielle Grundlage soll erhalten bleiben, für Tierheime gibt es so etwas bereits. Einer Spendenabsetzbarkeit für Tierschutz stehen wir positiv gegenüber.

6. **Stärkung der Mitwirkungsrechte bzw. Parteienstellung** von bürger- und zivilgesellschaftlichen Organisationen in einschlägigen Verfahren wie etwa Umweltverträglichkeitsprüfungen sowie in Kommissionen oder Beiräten.

Wir fordern, dass die von Türkisch-Blau vorgenommenen Verschärfungen bzw. den Ausschluss von NGOs im Rahmen der UVP-Novelle zurückgenommen werden.

7. **Geordnete und faire parlamentarische Abläufe** wie etwa ausreichende Begutachtungsfristen bei Gesetzen und somit Einbeziehung der Kompetenzen der BürgerInnen und zivilgesellschaftlichen Organisationen aus dem jeweiligen Bereich.

Unter Türkis-Blau wurden gerade heikle Gesetze ohne zivilgesellschaftlichen Diskurs in kürzester Zeit durch den NR geboxt – oft ohne ausreichend Zeit zur Begutachtung. Wir wollen den ordentlichen Gesetzwerdungsprozess in der nächsten GP wiederherstellen.

8. **Stärkung des Datenschutzes und der Privatsphäre**, Evaluierung und Rückbau überbordender Überwachungsmaßnahmen von Privatpersonen und zivilgesellschaftlichen Organisationen im öffentlichen Raum sowie im Internet, wie etwa Bundestrojaner oder Vorratsdatenspeicherung.

Für die Behörden muss es möglich sein, etwa Gefährder ausreichend zu überwachen. Das darf aber nicht für eine Massenüberwachung wie mit dem Bundestrojaner missbraucht werden. Den Bundestrojaner lehnen wir ab.

9. **Abschaffung des Amtsgeheimnisses und Schaffung eines Informationsfreiheitsgesetzes** gemäß internationaler Standards, etwa mit einem Grundrecht auf Zugang zu Information und Dokumenten staatlicher Stellen sowie einer umfassenden Informationspflicht der Behörden).

Das Amtsgeheimnis gehört abgeschafft und Österreich braucht ein modernes Informationsfreiheitsgesetz. Wir haben daher den Letztstand der Verhandlungen zur Abschaffung des Amtsgeheimnisses und der Verankerung einer Informationsverpflichtung für öffentliche Stellen in der letzten Gesetzgebungsperiode im Juni 2019 nochmals im Nationalrat eingebracht, doch scheiterte die Beschlussfassung einer Fristsetzung an den Stimmen der ÖVP und der FPÖ.

10. **Maßnahmen zur Stärkung der unabhängigen Medienlandschaft und wissenschaftlicher Institutionen**. Der Zugang zu wissenschaftlich fundierter Information und der Verbreitung durch unabhängige Medien ist Grundlage für eine informierte öffentliche Debatte.

Das Ibiza-Video hat auf erschreckende Art und Weise gezeigt, in welche Richtung (nämlich Ungarn) die österreichische Medienlandschaft gedrängt werden sollte. Wir werden uns mit aller Kraft für die Unabhängigkeit der Medien sowie unserer wissenschaftlichen Institutionen einsetzen. Die Finanzierung des ORF über Gebühren soll daher auch nicht angetastet werden.